



# STADT LÜBBECKE

Stadtverwaltung Lübbecke · Postfach 14 53 · 32294 Lübbecke

**Stadtverwaltung Lübbecke**  
**Die Bürgermeisterin**  
Dezernat 1  
Sicherheit und Ordnung

Karl-Heinz Detert  
PIRATEN Minden-Lübbecke

Es schreibt Ihnen: Sarah Schumacher  
Telefon: (05741) 276-286  
Telefax: (05741) 34 71 28  
E-Mail: s.schumacher@luebbecke.de  
Zimmer: 107

Ihre Nachricht vom: 06.04.2013  
Ihr Zeichen:  
Unser Zeichen: 32 73 - 03

Lübbecke, den **11.04.2013**

## **Plakatierung im Stadtgebiet Lübbecke anlässlich der Bundestagswahl am 22.09.2013**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Grundlage des § 6 i. V. mit § 8 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Lübbecke vom 19.02.2010 wird Ihnen hiermit die jederzeit widerrufliche Ausnahmegenehmigung erteilt, anlässlich der Bundestagswahl am 22.09.2013 im Stadtgebiet Lübbecke vom 21.06.2013 bis zum 29.09.2013 wie folgt Wahlsichtwerbung zu betreiben:

- **Die Wahlwerbung darf auf parteieigenen Werbeträgern erfolgen.**
- **Die Aufstellung von Plakaten ist nur auf den in der anliegenden Aufstellung genannten öffentlichen Flächen zulässig. An jedem Standort darf von Ihnen max. 1 Plakatständer aufgestellt werden. Das Format ist auf max. DIN A 0 beschränkt.**
- **Die Aufstellung von Großflächenwerbung/ Plakatwänden (z.B. Wesselmann-Tafeln) ist nur auf den in der Anlage ausdrücklich dafür zugelassenen öffentlichen Flächen zulässig.**
- **Zusätzlich ist die Anbringung von Plakatträgern an Lichtmasten möglich. Das Format ist auf max. DIN A 0 beschränkt.**
- **Nach § 33 Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 43 STVO ist die Plakatierung an Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen unzulässig.**

Neben den vorstehenden Regelungen besteht ein Vertrag mit der Fa. DSM Deutsche Städte Medien GmbH, Niederlassung Bielefeld, Tel.: 0521/56066 – 6, Böttcherstraße 11, 33609 Bielefeld. Der Vertrag enthält folgende Regelung:

"Für Plakatanschläge der örtlichen Vereine sowie der zugelassenen örtlichen politischen Parteien wird nur der Klebelohn berechnet. Jeweils 6 Wochen vor einer Wahl, eines Volksbegehrens, eines Volksentscheids oder eines Bürgerentscheids erfolgt der Anschlag an sämtlichen allg. Anschlagstellen bis zu einer Plakatgröße von 2 DIN A 1 Bogen unentgeltlich."

Sollten Sie Interesse daran haben, Wahlwerbung an allg. Anschlagstellen zu betreiben, setzen Sie sich bitte direkt mit der Fa. DSM Deutsche Städte Medien GmbH in Verbindung.

- 2 -

**Servicezeiten des Fachbereiches:**

Montag-Freitag 8:30-12:30 Uhr  
Montag-Mittwoch 13:30-15:30 Uhr  
Donnerstag 13:30-17:30 Uhr

**Hausanschrift:**

Kreishausstraße 2-4  
32312 Lübbecke

**Telefon:**

(05741) 276-0

**Telefax:**

(05741) 90561

**Internet:**

www.luebbecke.de

**E-Mail:**

info@luebbecke.de

**Konten der Stadtkasse:**

Sparkasse Minden-Lübbecke (BLZ 490 501 01) 398  
Volksbank Lübbecke (BLZ 490 926 50) 102 122 500  
Postgiroamt Hannover (BLZ 250 100 30) 8 549 305

Nutzen Sie unser Angebot, auch außerhalb der Servicezeiten einen individuellen Termin zu vereinbaren.

Bundestagswahl 2009.doc

Diese Erlaubnis wird mit folgenden Auflagen erteilt:

1. Bei der Aufstellung von Plakatständern und Plakatwänden ist darauf zu achten, dass Sichtdreiecke freigehalten werden und von den Plakatständern /-wänden keine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht.
2. Die Anbringung / Aufstellung von Werbetafeln muss so vorgenommen werden, dass eine Behinderung des Fußgänger- und Fahrverkehrs ausgeschlossen ist.
3. Soweit es für die Sicherheit des Verkehrs erforderlich ist, ist die Stadt Lübbecke berechtigt, zusätzliche Auflagen zu erlassen. Auch kann die Entfernung einzelner oder aller Plakatständer oder Plakatwände an einem oder mehreren Standorten verlangt werden. Darüber hinaus ist den Weisungen der Beauftragten der Stadt Lübbecke Folge zu leisten, auch wenn sie im Widerspruch zu dieser Erlaubnis stehen.
4. Alle während der Ausübung der Sondernutzung an der öffentlichen Verkehrsfläche entstehenden Schäden und Verunreinigungen sind unverzüglich, spätestens jedoch zu dem Zeitpunkt abzustellen, in dem die Sondernutzung aufgegeben wird.
5. Die Sondernutzungserlaubnis gilt nur für den Erlaubnisnehmer und seine Rechtsnachfolger. Die Ausübung der Sondernutzung durch Dritte bedarf der Zustimmung der Stadt Lübbecke.
6. Die Stadt Lübbecke ist von jeglichen Haftungsansprüchen, die im Zusammenhang mit der Ausübung der Sondernutzung entstehen, freizustellen.
7. Ist für die Ausübung der Sondernutzung eine sonstige behördliche Genehmigung oder Erlaubnis nach anderen Rechtsvorschriften oder eine privatrechtliche Zustimmung Dritter erforderlich, so hat der Erlaubnisnehmer diese auf seine Kosten einzuholen.
8. Kommt der Erlaubnisnehmer einer Verpflichtung, die sich aus dieser Erlaubnis ergibt, trotz vorheriger Aufforderung, innerhalb einer gesetzten Frist nicht nach, ist die Stadt Lübbecke berechtigt, das nach ihrem Ermessen Erforderliche auf Kosten des Erlaubnisnehmers zu veranlassen. Die vorherige Aufforderung und Fristsetzung entfällt, wenn aus Gründen der Gefahrenabwehr ein sofortiges Handeln erforderlich ist.
9. Anfallende Abfälle sind ordnungsgemäß vom Erlaubnisnehmer auf eigene Kosten zu beseitigen.

**Rechtsmittelbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen –EVRVVO VG/FG- vom 07.11.2012 (GV. NRW. S. 548) einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsmittelfrist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist. Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

**Hinweise (nicht Bestandteil des Bescheides):**

**Die Dauer von 3 Monaten für Wahlwerbung entspricht Nr. 3.1 des Gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung und des Innenministeriums vom 08.08.2003 "Lautsprecher- und Plakatwerbung aus Anlass von Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheiden in Nordrhein-Westfalen". Darüber hinaus können sich die Parteien weiterhin freiwillig bei der Dauer der Wahlwerbung auf 6 Wochen vor dem Wahltermin beschränken.**

Der Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen teilt in seiner Zuständigkeit mit, dass Werbeanlagen jeglicher Art üblicherweise nicht an freien Strecken von Bundes- und Landesstraßen errichtet werden dürfen, da sie den in den Straßengesetzen (Bundesfernstraßengesetz/ Straßen- und Wegegesetz NRW) normierten Verboten, Beschränkungen und Genehmigungsvorbehalten unterliegen. Da die Werbung jedoch darauf abzielt, durch ständigen Hinweis eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und somit letztlich hochrangigen staatspolitischen Interessen dient, gibt es ausnahmsweise die Möglichkeit, die Aufstellung von Großflächenplakaten durch öffentlich-rechtliche bzw. privatrechtliche Erlaubnis zu genehmigen. Die Verkehrssicherheit darf durch die Aufstellung in keinem Fall beeinträchtigt werden. Um dieses zu gewährleisten, wird die jeweilige öffentlich-rechtliche bzw. privatrechtliche Erlaubnis nach Vorlage eines formlosen Antrages nebst Lageplänen seitens des Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Ostwestfalen-Lippe, Postfach 10 02 07, 33502 Bielefeld, den werbenden Parteien bei Beachtung verschiedener Auflagen in Aussicht gestellt.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Anlage

gez. Sarah Schumacher